

TT vom 29.8.2024

Schwarzarbeit bei Glasfaser-Ausbau

Die Finanzpolizei hat im Bezirk Schwaz eine Baustelle eingestellt. Hinweis kam aus Deutschland.

Schwaz – Mitte August kontrollierte die Finanzpolizei eine Baustelle im Bezirk Schwaz. Zehn Arbeiter waren dort mit dem Glasfaser-Ausbau beschäftigt. Wie sich herausstellte, waren sie alle „schwarz“ beschäftigt – keiner der zehn konnte die notwendigen Unterlagen vorweisen oder nachreichen. Acht der Arbeiter waren Drittstaatsangehörige, zwei EU-Bürger.

„Erste Erhebungen ergaben, dass neun Personen einer belgischen Firma zuzurechnen sind, die von einer österreichischen Telekommunikationsgesellschaft beauftragt wurde“, heißt es aus dem Finanzministerium.

Ein chinesischer Staatsbürger sei bei einer österreichischen GmbH „angestellt“ gewesen. Die zehn Männer wurden zur fremdenrecht-

lichen Überprüfung nach Innsbruck gebracht.

Die Bezirkshauptmannschaft Schwaz zog schließlich den Bescheid für die Arbeiten zurück, die Baustelle wurde eingestellt. Weitere Erhebungen werden durchgeführt, heißt es von der Behörde. Welche Gemeinde im Bezirk Schwaz ganz konkret betroffen war, wollte das Finanzministerium aus Datenschutzgründen nicht mitteilen. *BUCH i. T.*

Bescheid zurückgezogen

Mit Anzeigen und Strafen werden nun die zwei Firmen – die belgische und die österreichische – rechnen müssen, und zwar wegen Schwarzbeschäftigung nach dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz sowie dem Ausländerbeschäftigungsgesetz.

Den Hinweis, dass sich „schwarze Schafe in die Bauarbeiten beim Breitbandausbau eingeschlichen haben“, hat die Finanzpolizei von ihren deutschen Kollegen erhalten. „Dieser Hinweis hat sich leider auch in Österreich bestätigt“, sagte der Leiter, Wilfried Lehner. Auch in Niederösterreich wurden bei Kontrollen mehrere Verstöße festgestellt.

Dabei sei auffällig gewesen, dass sämtliche Aufträge über mehrere Sub- und Subsubunternehmen weitervergeben wurden und die zwischengeschalteten Unternehmen oftmals gar nicht operativ tätig waren bzw. gar nicht in der Lage gewesen wären, die Aufträge auszuführen. In allen Fällen wurden entsprechende Strafanträge eingeleitet, teilt das Ministerium mit. *(gans)*